Berlin, 14. Oktober 2026

Offshore-Windenergie
Investitionen, industrielle Wertschöpfung und Energiesicherheit in Deutschland sichern

Deutschland befindet sich wirtschafts- und industriepolitisch in einer schwierigen Phase. Wachstum und Investitionsdynamik stehen unter Druck, industrielle Wertschöpfung wird zunehmend im internationalen Wettbewerb entschieden, und in vielen Regionen wächst die Sorge um sichere Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektiven. Gerade in einer solchen Situation kommt es darauf an, Investitionen dort zu ermöglichen, wo Deutschland über industrielle Kompetenz, technologische Stärke und erhebliche Wachstumspotenziale verfügt. Die Offshore-Windenergie ist ein solcher Bereich.

Deutschland kann es sich in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nicht leisten, vorhandene Investitionsbereitschaft durch ein ungeeignetes Ausschreibungsdesign ungenutzt zu lassen. Der Erfolg einer Offshore-Ausschreibung darf deshalb nicht daran gemessen werden, ob Flächen vergeben oder hohe Auktionserlöse erzielt werden. Die WindSeeG-Novelle sollte konsequent darauf ausgerichtet werden, die Realisierungswahrscheinlichkeit von Offshore-Windprojekten zu erhöhen und Investitionen gezielt nach Deutschland zu lenken.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Offshore-Windenergiebranche appellieren wir dewegen an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die folgenden Anpassungen am vorliegenden Gesetzentwurf vorzunehmen:

1. Ausnahme vom Zweistufenmodell für Offshore-Windenergie // CFD-only

Das im Gesetzentwurf vorgesehene zweistufige Ausschreibungsmodell sollte im parlamentarischen Verfahren zugunsten eines klaren „CfD-only“-Ansatzes angepasst werden.

Nach dem im EEG-Entwurf vorgeschlagenen Verfahren würden Projekte zunächst in einer Merchant-Runde ohne staatliche Absicherung antreten, bevor gegebenenfalls eine CfD-Runde folgt. Diese im EEG-Entwurf vorgesehene Zweistufigkeit des Ausschreibungsdesigns würde damit im Wesentlichen den bisherigen Ansatz fortführen und erhöht die Realisierungsrisiken für Offshore-Windenergieprojekte. Sie droht, zum industriepolitischen Wiederholungsfehler mit gravierenden Folgen für die gesamte Wertschöpfungskette zu werden – verbunden mit dem Verlust von signifikanter Wertschöpfung, Technologieführerschaft und tausender Arbeitsplätze.
Während bei Windenergie an Land und PV Ausschreibung und Investitionsentscheidung

zeitlich nahe beieinander liegen, vergehen bei Offshore-Wind-Parks zwischen Ausschreibung und finaler Investitionsentscheidung regelmäßig mehrere Jahre. In dieser Zeit verändern sich Finanzierungskosten, Komponentenpreise, Lieferketten, technische Rahmenbedingungen und gegebenenfalls auch Zeitpläne der Netzanbindung. Aktuell zeigt sich bereits, dass Projekte ihre finale Investitionsentscheidung nicht erreichen. Die Novellen des WindSeeG und des EEG bieten jetzt die Chance, diesen strukturellen Fehler zu korrigieren und Windenergie auf See von der Zweistufigkeit auszunehmen.

Die Bundesregierung sollte daher auf ein verlässliches „CfD-only“-Modell setzen. Ein solcher Ansatz schafft Planungssicherheit, stärkt den Wettbewerb und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass bezuschlagte Projekte auch tatsächlich realisiert werden. Entscheidend ist nicht die Anzahl der erteilten Zuschläge, sondern die erfolgreiche Umsetzung der Projekte und damit das Erreichen der Ausbauziele.

2. Indexierte CfDs als Schlüssel für wettbewerbsfähige Offshore-Wind-Ausschreibungen

Die Bundesregierung hat mit dem Prüfauftrag zur CfD-Indexierung den richtigen Schritt eingeleitet. Nun sollte die Indexierung im parlamentarischen Verfahren kommen!

Bei Offshore-Windprojekten lassen sich Kostenentwicklungen über die langen Entwicklungs- und Realisierungszeiträume nur begrenzt vorhersehen. Indexierte CfDs schaffen Planungssicherheit, senken Risiken und Kapitalkosten und erhöhen so die Realisierungswahrscheinlichkeit von Projekten. Gleichzeitig ermöglichen sie wettbewerbsfähigere Gebote, da unnötige Risikozuschläge vermieden werden.

Die Indexierung ist damit kein zusätzlicher Kostenfaktor, sondern kann die Kosten des Offshore-Wind-Ausbaus senken. Laut Frontier Economics sind bei den bis 2030 auszuschreibenden Projekten mit 9 GW Leistung Einsparungen von bis zu 4.4 Mrd. Euro möglich.

Unsere Europäischen Nachbarländer haben entsprechende Modelle bereits eingeführt. Deutschland sollte nun nachziehen, um im internationalen Wettbewerb um Investitionen und industrielle Kapazitäten wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Einführung einer CfD-Indexierung - über die Laufzeit des CfDs -stärkt den Standort Deutschland und unterstützt einen kosteneffizienten Ausbau der Offshore-Windenergie.

3. Akteursvielfalt stärken: Höchstwerte anpassen, Sicherheiten begrenzen und Wettbewerb fördern

Die Bundesregierung sollte die WindSeeG-Novelle nutzen, um Akteursvielfalt, Wettbewerb und Realisierbarkeit gezielt zu stärken. Dazu gehören die Anpassung der Höchstwerte auf Basis aktueller Markt- und Kostendaten, die Begrenzung der Sicherheiten auf 100 Mio. €/GW im CfD-Modell, die Einführung des Grundsatzes „One Site per Bidder“ sowie ein klarer Fokus auf 1-GW-Flächen.

Garantiehöhen von **100 Mio. €/GW** sind international etabliert und bieten eine angemessene Absicherung, ohne unnötige Markteintrittsbarrieren zu schaffen. Gleichzeitig sollten die im Gesetzentwurf vorgesehenen Höchstwerte überprüft werden, da sie nicht auf aktuellen Markt- und Kostenentwicklungen basieren.

Eine Zuschlagsbegrenzung pro Bieter und Jahr sowie die Ausweisung von 1-GW-Flächen stärken die Akteursvielfalt, reduzieren Konzentrationsrisiken und fördern einen breiten Wettbewerb um attraktive Projekte. Damit werden Investitionen erleichtert und die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass bezuschlagte Projekte tatsächlich realisiert werden.

Wir appellieren an die politischen Entscheidungsträger, unsere Vorschläge umzusetzen! Die Unternehmen, Technologien und das Kapital für die nächste Phase der Offshore-Windenergie stehen bereit. Entscheidend ist jetzt, ob der regulatorische Rahmen diese Investitionen nach Deutschland holt.